

BMWi-Beirat legt Vorschlag für Schuldenbremse vor

Von Beate Preuschoff

Berlin - Mit einer "politischen Zwangsjacke" will der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) den Bund zur Schuldenvermeidung bringen. Es gehe darum, "dass man ein politisches Regelwerk hat, eine politische Zwangsjacke, die die Reaktion auf Notfälle, auch konjunkturelle Notfälle, in vernünftigem Rahmen hält", sagte der Vorsitzende des Beirates, Axel Börsch-Supan, am Freitag in Berlin.

(...)

Das Konzept des Beirates zielt darauf, die Schuldenaufnahme nachhaltig zu begrenzen und einen Beitrag zum Abbau der Schulden zu leisten. "Wir wissen, dass wir mit diesen Regeln mit Sicherheit über die Konjunkturzyklen gemittelt und bei der jetzigen demographischen Entwicklung echt Schulden abbauen", sagte Börsch-Supan.

Der Vorschlag sieht einen ausgeglichenen Haushalt als vorrangig an. Ausgaben sollen grundsätzlich nur durch ordentliche Einnahmen wie Steuern, Gebühren und Gewinne, nicht aber durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden.

Zur Finanzierung "konjunkturell bedingter und sonstiger überraschender Einnahmeausfälle und Mehrausgaben" soll ähnlich wie in der Rentenversicherung auf Schwankungsreserven zurückgegriffen werden. "Ohne Schwankungsreserven funktioniert dieses Konzept nicht", sagte Börsch-Supan. (...)

Wenn diese Reserven in Konjunktur- oder Strukturkrisen nicht ausreichen sollten, sieht laut Konzept des Beirates auch eine Kreditaufnahme möglich, "jedoch wird die Hürde dafür höher als bisher gelegt". Lediglich für Kredite bis zu 5% des Ausgabenvolumens genügt wie bisher eine einfache Mehrheit.

Wenn der Bund mehr Schulden machen will, ist eine qualifizierte Mehrheit von drei Fünfteln der Mitglieder des Bundestages erforderlich. Jede Neuverschuldung muss nach maximal vier Jahren wieder getilgt worden sein. Im ersten Jahr nach der Kreditaufnahme muss noch nicht getilgt werden.

"Beide Regeln zur Kreditaufnahme bilden eine präventive Schranke, die einen Anreiz gibt, nicht so viele Schulden aufzunehmen", sagte der Vorsitzende des Beirats. Denn es sei sehr schwer, über 60% Zustimmung aufzubringen und innerhalb von vier Jahren zu tilgen. Das werde die Balance zwischen Schwankungsreserve und Kreditaufnahme zu Gunsten der Schwankungsreserve ändern.

"Diese präventive Wirkung ist der eigentliche Trick und die Grundidee des Beiratsvorschlages", sagte Börsch-Supan. Dadurch soll die Ausgabendisziplin des Bundes verstärkt und dieser dazu bewegt werden, eher Überschüsse zu erwirtschaften, als Kredite aufzunehmen.

Das Modell sieht keine Sonderregelung für staatliche Investitionen vor und lehnt Kredite zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ab. Der Begriff der "staatlichen Investitionen" habe sich in der Vergangenheit als unscharf erwiesen. "Weitgehend willkürlich" sei zwischen staatlichen Investitionen und staatlichem Konsum getrennt worden. Viele Ausgaben wie für den Straßenbau bis hin zur äußeren Sicherheit könnten auch als Investitionen betrachtet werden.

Die am Freitag vorgelegten Überlegungen des Beirates konzentrierten sich ausschließlich auf den Bund und seien "der Bundes-Baustein" einer Gesamtstrategie. Vor zwei Jahren habe der Beirat ein Gutachten zu den Länderschulden erarbeitet, das vor allem einen "Haftungsausschluss" für den Bund vorsehe. Danach tritt der Bund für die Ländern nicht mehr in Haftung "für die Aufgaben, die die Länder sich selbst aufbürden", sagte Börsch-Supan. Die Föderalismuskommission II werde sich mit beiden Gutachten befassen müssen, sagte der Vorsitzende des Beirats.

Der vollständige Artikel erschien auf FAZ.net am 18. Januar 2008.